

Beschluss des Landrats vom 14.11.2024

Nr. 824

17. Perspektive Finanzen BL: Einführung Einkommenssteuersenkung mit Bedingungen 2024/367; Protokoll: pw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Martin Dätwyler (FDP) dankt dem Regierungsrat für die Bereitschaft, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Damit unterstreicht er, dass ein gesunder Haushalt wichtig ist und es eben auch attraktive Rahmenbedingungen braucht. Die Schweiz, die Region Basel und auch der Kanton Basel-Landschaft stehen in einem internationalen Wettbewerb. Es war noch nie ein gutes Rezept für die Zukunft, an den heutigen Strukturen festzuhalten. Die Standortfaktoren, wozu die Steuern zählen, müssen immer wieder angepasst und optimiert werden. Der Kanton Basel-Landschaft steht im interkantonalen Vergleich betreffend Einkommensteuer leider auf dem viertletzten Platz und auch in allen Nachbarkantonen sind die Einkommenssteuern tiefer. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Einkommensteuer angepasst werden sollte, sobald sich die Finanzsituation des Kantons stabilisiert hat. Die Einkommenssteuer muss tiefer werden und auch die Kurve muss entsprechend angepasst werden. Der Umwandlung in ein Postulat wird zugestimmt. Kann der Regierungsrat angeben, wann mit einer Vorlage gerechnet werden darf?

Ronja Jansen (SP) sagt, es sei wohl wenig überraschend, dass die SP-Fraktion gegen eine Überweisung des Vorstosses sowohl als Motion als auch als Postulat sei. Es ist schon von der Form her falsch, zum jetzigen Zeitpunkt irgendwelche Steuersenkungen vorwegzunehmen und für eine ferne Zukunft zu beschliessen, wenn es dem Kanton vielleicht wieder finanziell etwas besser geht. Im Kanton besteht derzeit in vielen Bereich mehr Handlungsbedarf als bei Steuersenkungen für einkommensstarke Personen. Grosser Handlungsbedarf besteht bei der Kinderbetreuung, im Bereich der Krankenkassenprämien etc. Für die SP ist wichtig, dass für diejenigen Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen etwas gemacht wird und nicht ein weiteres Mal Steuergeschenke für die Reichsten im Kanton verteilt werden.

Markus Brunner (SVP) sagt, die SVP-Fraktion hätte auch eine Motion unterstützt. Es handelt sich um einen wichtigen Vorstoss und um ein wichtiges Zeichen. Er hatte in vergangenen Amtsperioden auch schon Versprechungen seitens Finanzdirektor gehört, dass in diesem Bereich etwas passiere. So wurde schon einmal versprochen, dass es ab 2025 die ersten Steuersenkungen gebe, und 2027 war der Zeithorizont für eine generelle Überarbeitung des heute sehr hohen und schädlichen Steuersatzes. 2007 wurde das letzte Mal in diesem Bereich etwas gemacht. Damals wurden die tiefsten Einkommen entlastet. Nun wäre es wirklich an der Zeit, vor allem bei den mittleren Einkommen etwas zu machen und auch bei den hohen, bei denen das Baselbiet wirklich eine Steuerhölle ist. Damit wäre der Kanton zukünftig auch wettbewerbsfähiger, dies schon alleine im Raum Nordwestschweiz, in dem er sehr schlecht da steht. Es wäre wichtig, diesbezüglich eine Perspektive aufgezeigt zu erhalten – dies im Wissen um die aktuelle finanzielle Situation, an der gearbeitet wird.

Marco Agostini (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion stimme einer Überweisung als Postulat zu, damit die Thematik einmal angeschaut werde. Marco Agostini erinnert daran, dass eine Steuerreform Geld kostet und zwar jährlich. Der Regierungsrat hat aber selber im Rahmen des AFP aufgezeigt, dass kein Einnahmeproblem besteht. Die Einnahmen werden in den nächsten Jahren zu-

nehmen, was erfreulich ist. Es muss jedoch einfach aufgepasst werden, dass die Steuerspirale nicht immer weiter angeheizt wird. Senken die Kantone ihre Steuern immer weiter, gibt es am Ende gar keine Steuern mehr. Ein Postulat ist eine gute Grundlage für eine saubere Diskussion.

Es handle sich um einen richtigen und wichtigen Vorstoss, sagt **Regina Weibel** (Die Mitte) im Namen der Mitte-Fraktion. Die Steuerreform sollte angegangen werden, weil es um die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit geht. Es soll geprüft und berichtet werden, damit am Ende Gewissheit besteht. Die Mitte-Fraktion ist für eine Überweisung als Postulat.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) sagt, die GLP-Fraktion unterstütze das Postulat auch. Vielleicht muss man sich einfach entscheiden. Eine Abschaffung der Handänderungssteuer würde alleine schon CHF 45 Mio. kosten, eine Senkung der Einkommenssteuer würde je nach Ausgestaltung mit weiteren CHF 50 bis 70 Mio. zu Buche schlagen. Der Kanton muss es sich einfach leisten können. Ist dies der Fall, dann ist die GLP-Fraktion auch dafür, dass bei der Einkommenssteuer etwas gemacht wird.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) ist dankbar für den Vorstoss und froh, dass er in ein Postulat umgewandelt wurde. Es ist begrüssenswert, wenn sich der Landrat mit der komplexen Thematik von Zielkonflikten intensiv auseinandersetzt und dies nicht nur im Rahmen des AFP, sondern über eine längere Perspektive und somit über das Jahr 2028 hinaus. Der Kanton Basel-Landschaft gehört bei den Einkommenssteuern ab einem Einkommen von CHF 150'000.– zu den teuersten Kantonen der Schweiz, wie in den Tabellen der eidgenössischen Steuerverwaltung ersichtlich wird. Gleichzeitig, wie Ronja Jansen auch immer wieder erwähnt, sind die Liegenschaftswerte im Kanton Basel-Landschaft mit einem Repartitionswert von 385 % nach wie vor sehr tief. Auch hier besteht ein implementierter Zielkonflikt. Tatsache ist aber, dass ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Dann stellt sich die Frage, ob man bereits jetzt aktiv werden möchte oder nicht. Auf der einen Seite ist Regierungsrat Anton Lauber sehr froh, wenn gemeinsam darüber diskutiert werden kann, wie es mit den bereits bekannten finanziellen Herausforderungen weitergehen soll, die auf den Kanton zukommen werden. Auf der anderen Seite gibt es die Initiative der SVP, die verlangt, dass die Krankenkassenprämienzahlungen von den Steuern abgezogen werden können. Das heisst, es wird ohnehin eine Auseinandersetzung mit der Einkommensteuer erfolgen. Zudem sind weitere Vorstösse pendent, die Abzüge verlangen, zum Beispiel für die Kinderbetreuung, und somit einen Zusammenhang zur Einkommenssteuer aufweisen. Mit anderen Worten: Es ist der richtige Zeitpunkt, um sich mit der Einkommenssteuer auseinanderzusetzen. Dies wird jedoch nicht einseitig passieren und es wird Diskussionen geben. Der Regierungsrat hat noch nicht beschlossen, wie er formell mit der Initiative umgehen wird, also ob es einen Gegenvorschlag geben wird oder nicht, und wie eine mögliche Gegenfinanzierung aussehen könnte. Eine Superlösung wird es nicht geben, weshalb Regierungsrat Anton Lauber gerne von Zielkonflikten spricht. Der Blick in den AFP 2025–2028 zeigt, dass es gewisse Kostenpositionen mit enormen Steigerungen gibt. Nur schon in zwei Bereichen, die hier für einmal nicht namentlich genannt werden sollen, erfolgt ein Wachstum von CHF 400 Mio. über fünf Jahre. Es gibt somit ein enormes Kostenwachstum. Dieses ist teilweise auch ein Mengenwachstum, weil es einfach mehr Leute gibt. Hinzu kommen die Initiativen: Bei der Prämienabzugsinitiative wird bei einer *telquel* Umsetzung von jährlichen Steuer mindererträgen von CHF 90 Mio. ausgegangen, bei der Initiative zur Kinderbetreuung sind es CHF 172 Mio. pro Jahr. Regierungsrat Anton Lauber möchte nicht den Teufel an die Wand malen, sondern nur die Grössenordnung zeigen, die auf den Kanton in der nächsten Zeit zukommen oder zukommen könnten. Diese Kosten werden sich zudem nicht nur im Rahmen des laufenden AFP realisieren, sondern darüber hinaus. Dieser grossen Herausforderung muss man sich stellen und das vorliegende Postulat gibt die Möglichkeit, dass sowohl in der Finanzkommission als auch im Landrat die Diskussion mit einem anderen Zeithorizont geführt werden

kann. Es wird noch ganz andere ganz schwierige Diskussionen geben, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Leistungsauftrag der Universität Basel und der Thematik des Gesundheitsbereichs. Als Finanzdirektor möchte sich der Redner darauf vorbereiten.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) hält fest, die FDP-Fraktion habe die Motion in ein Postulat umgewandelt.

://: Mit 60:20 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
